

Wochenblatt

Tageszeitung

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptheftstelle
 Nr. 42-44,
 Zweigheftstelle: Buch-
 handlung: Dr. Richter, 27
 Fernruf 40/5. Postfach
 konto 11022 Erzur. Be-
 zugspreise: wöchentl. 30 M.,
 monatlich 120 M. u. 10 M.,
 Postanweisung. Durch
 die Post bringen monatlich
 180 M. Einzelhefte im
 Einzelteil 6 M., pro
 10 Hefen 50 M., beson-
 ders als Reklame im
 : Einzelt 17,50 M. :

Abbestellung: Das 42-44
 Fernruf 40/5.
 Das "Wochenblatt" erscheint
 mit Ausnahme der Feiertage
 und Feiertage mit dem
 höchsten Preisverhältnis
 sowie den Erlösen der
 Spesen und sonstigen
 ausbleibenden Ausgaben
 ausserhalb des gewöhnlichen
 Postverkehrs zu befrachten.
 Spesen: der Redaktion
 mittags von 12 bis 1 Uhr
 Das "Wochenblatt" sämtliches
 Druckverlag. Vertrieben

Das drohende Gespenst. Vermehrte Gefahr der Arbeitslosigkeit. Der Fall Stinnes.

Dollar 2775.

Ein Hund Weizenmehl 80 Mark im Großhandel. — Aufschwung der Markt als Zahlungsmittel im Auslandsvorkehr. — Die Goldmilliarde als Zahlungsan. — Die notwendige Schaffung eines wertebefähigen Anlagepapiers.

Heute vormittag 10 Uhr wurde der Dollar in Neu-
 York 2775 bei abgeschwächter Tendenz notiert. Diese
 leichte Senkung ist im Gesamtstadium der Wertent-
 wertung natürlich bedeutungslos.

Der Wert der Markt ist derzeit auf dem Standpunkt, daß man
 von ihm als Zahlungsmittel im Auslandsvorkehr kaum
 mehr reden kann. Das Katastrophale dieser Entwicklung ist,
 daß sie herbeiführt zu einer Zeit, wo Deutschland von Ver-
 gablungen nach außen hin frei war und infolge dessen
 damit rechnen konnte, einen einträglichen Handelsmarkt zu
 behalten. Statt dessen liegt der Dollar innerhalb von 14 Tagen
 um mehr als hundert Prozent. Der Wert der Markt im Ausland
 ist also in dieser kurzen Zeit auf weniger als die Hälfte zurück-
 gegangen. Die Lage für die breite Masse des deutschen Volkes wird
 dadurch geradezu verheerend. Die hohen Devisenlücke
 lassen sich fast automatisch in eine Steigerung der gesam-
 ten Marktpreise um. Das Hund Weizenmehl ist im getriggen
 Preisverfall der Berliner Börse bereits 80 M. im Großhandel, der
 Preis für ein Hund Weizenmehl liegt auf rund 80 M. Fast noch
 höher ist die Wirkung auf die ausländischen Zahlungsmittel
 und auf solche Waren, die ausschließlich aus ausländischen Roh-
 stoffen hergestellt werden. So sind am Markt der Spezialitäten
 preiswerteste Preissteigerungen zu verzeichnen. Niemals kann der
 Arbeitslohn mit einer solchen katastrophalen Entwicklung Schritt
 halten, und es ist kein Wunder, daß unmittelbar im Anschluß an
 diese Devisenwertungen ganz im Gegensatz zu früheren Perioden
 der Geldentwertung Entlohnungen im Maß für industrielle Produkte
 aus verschiedenen Gebieten des Reiches gemeldet werden. Die Kauf-
 kraft der breiten Massen erlahmt zusehends. Es besteht also die
 Gefahr, daß über kurz oder lang an der allgemeinen katastrophalen
 Zerlegung eine Arbeitslosigkeit über Deutschland herabdrückt. Diese
 Gefahr wird größer mit jedem Tage, an dem Devisenlücke der
 Industrie und des Handels immer mehr fremde Zahlungsmittel
 nach Deutschland hineinbringen, an dem die Markt im Warenverkehr
 des Großhandels mehr und mehr ausgedehnt wird. Wird doch
 die Markt als Zahlungsmittel immer wertvoller, nachdem in der
 Industrie niemand mehr Erstattungen und Weiteren der zusammen-
 fassenden deutschen Währung anerkennen will und nachdem auf
 weiten Gebieten infolge der Geldentwertung der Wertpreis die
 Markt als Wertmesser bereits abgestürzt hat.

Abhilfe ist dringend not. Nach verläßt Deutschland
 über Millionen, insbesondere über die Goldmilliarde der
 Reichsbank. Das Ausland wird es ebenbürtig wie das In-

land verließen können, wenn man jetzt nicht energisch was über-
 geht, mit den letzten Reserven, die uns geblieben sind, eine Wä-
 rungspolitik zu betreiben, die den Kurs der Markt zu stützen
 geeignet ist. Es besteht die Gefahr, daß angesichts dieses eracuten
 und durch keinerlei Reparationsleistungen bedingten Wertverlustes
 die Entente in Verfall auf den Gebieten kommt, eine rücksichtslose
 Finanz- und Wirtschaftskontrolle über Deutschland zu verhängen.
 Dem muß mit letzter Kraft entgegengetreten werden, und zwar da-
 durch, daß wir uns selbst zu einer Stützungsaktion für die
 Markt ansetzen und so der Welt zeigen, daß Deutschland noch
 freibewillig für eine langfristige Auslands-
 anleihe ist, wenn es auch die erdrückenden Reparationsleistungen
 nicht tragen kann. Voraussetzung dafür ist die Schaffung
 eines wertebefähigen Anlagepapiers, es kann in Form
 von Goldschuldscheinen. Hat man diese, so kann man den
 volkswirtschaftlich überflüssigen Verkauf von fremden Zahlungsmitteln,
 die Deviseninspektion, die Devisenkontrollen und die Be-
 legung im inländischen Warenverkehr mit fremden Devisen durch
 zurende Verbote und Kontrollmaßnahmen unterbinden. Aber
 auch dieser Ausweg kann nur helfen, wenn er schnell befristet
 wird und die Regierung den in vielen Vorberichtigungen bereits er-
 zogenen Maßnahmen endlich zur Durchführung verhilft.

Höchste Zeit!

Der mit einem wertebefähigen Anlagepapier!
 Das Fortwähren unserer Partei nimmt zu dem Verfall der
 Markt folgende Stellung:
 Die letzten Tage haben den Dollar überhöht in die Höhe ge-
 trieben. Eine Milliarde Gold liegt untätig in den Kassen der
 Reichsbank und trägt nicht zur Stützung der Währung bei. Das
 ist ein unhaltbarer Zustand. Die Regierung muß die letzte
 Energie darauf verwenden, um den Kurs der Markt endlich aus-
 zubalancieren. Sie darf dabei auch nicht vor dem tiefsten Urteil
 von Bürgern zurückweichen, deren Denken und Fühlen in Idealen
 der Vorkriegszeit befangen ist und die mit dem Goldspiel eine nutz-
 lose Kleinigkeit treiben. Es ist unbedingt erforderlich, daß dem
 Kurs der Markt endlich ein Ziel gesetzt wird. Man schaffe ein
 wertebefähiges Anlagepapier, etwa Goldschuldscheine,
 welche die wertebefähigen Waren im inländischen Warenverkehr,
 sowie dafür, daß die vorhandenen Devisen nicht wirklich dem
 dringenden volkswirtschaftlichen Bedarf zugute kommen und des-
 halb rücksichtslos die Zahlung im Inlande mit ausländischer
 Währung. Wohl können auch diese Mittel nicht den sicheren Er-
 folg versprechen, die Markt einzusetzen wieder in die Höhe zu
 bringen. Aber sie würden das willkürliche Spiel mit der
 Marktauffahrt des Volkes endlich einschränken und der Welt zeigen,
 daß das deutsche Volk nicht gesonnen ist, dem Treiben der Speku-
 lation seine Arbeitskraft und sein Recht auf Leben zu opfern. Und
 darauf kommt es an. Aber es ist höchste Zeit!

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Streikfächer vom demokratischen Parteien in Elberfeld. — Starke
 Opposition gegen die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft von Breiten
 als Streikfächer.

Elberfeld, 10. Oktober. (Eig. Drahtbericht)

Die Wogen gehen heute, da die Arbeitsgemeinschaft auf
 Debatte steht, sehr hoch. Die Lage wird durch folgenden Heinen
 zwischenfall gekennzeichnet: Als der Vorsitzende Senator
 Breiten in seiner Verteidigung der Erfüllungspolitik
 bemerkte, daß die Deutsche Volkspartei gelegentlich wieder einmal
 von dem Bankrott der Erfüllungspolitik spreche, erörnte prompt
 aus dem Reihen des Parteien die Jurist, „Daher der Name
 „Arbeitsgemeinschaft“. Vorhand und Ausschuss haben dem Parteien
 folgende

Resolution

vorgelegt:

„Der Parteien erwartet von der Arbeitsgemeinschaft, daß sie
 dazu beitragen, alle auf dem Boden der Republik lebenden Kräfte
 zur gemeinsamen Arbeit aufzufassen und die notwendigen
 Gegenstände zu beschaffen. Er nimmt es als selbstverständlich
 an, daß die Arbeitsgemeinschaft die Selbständigkeit der Parteien
 und die Aufrechterhaltung ihrer Grundzüge nicht beeinträchtigen
 wird.“

Die Opposition hat gestern unter Führung von Fahren
 und Kreuz gelonbert getagt und hat zu dem offiziellen Antrag
 folgende

Erklärung

vorgelegt:

... und setzt voraus, daß sie nicht als Anbahnung einer
 Scheidung zwischen bürgerlichen und revolutionären Sozialistischen
 Parteien wirken. Der Parteien setzt gleichfalls voraus, daß die
 Parteien der Arbeitsgemeinschaft in ihren Reihen keine Spal-
 tungen gegen die Republik bilden.“

Die Diskussion über die innere Politik befruchtete sich auf
 die Frage der Arbeitsgemeinschaft. Es kamen nur zwei Redner
 an Wort, der oberrheinische Ministerpräsident Fahren und der
 Reichsminister Haas-Straube. Fahren hat die Opposition
 lahmgelegt, man kapituliert mit fliegenden Fahnen. Gegen
 20 Stimmen wurde eine Resolution Haas angenommen, wonach die
 Ausführungen Breiten mit Genehmigung entgegengenommen und
 gebilligt werden. Die Delegation entsand sich der Abstimmung
 buntunter nach der Weg. Ergebnis. Nach einem Vertrage Rel-

nach wurde eine Entschliessung angenommen, in der u. a. die
 Reform der deutschen Wirtschaft gefordert wird. Mehrere Reso-
 lutionen richten sich gegen den Preiswucher.

Eine Huldigung für den Reichspräsidenten.

Nach Abschluß der Debatte nahm der Vorsitzende, Senator
 Breiten, das Wort und sprach dem Reichspräsidenten den Dank
 der Reichspräsidenten Partei für seine ausgezeichnete Führung
 der Debatte aus. Er gab der Zustimmung Ausdruck, daß er mit
 großer Mehrheit wieder zum Reichspräsidenten gewählt werde.
 Die Ausführungen riefen einen spontanen Beifall hervor,
 der minutenlang andauerte und sich des öfteren wiederholte.

Mit dieser Huldigung ist die getrieben von uns aufgeworfene Frage,
 wie sich die Demokraten einem bürgerlichen Sammelverbanden
 gegenüber verhalten würden, erledigt. Die Demokraten werden für
 über eintreten an der gleichen Haltung des Zentrums ist kaum
 zu zweifeln. Das bedeutet, daß der junge Reichspräsident am
 2. Dezember mit großer Mehrheit wieder gewählt werden wird. Die
 Reichspräsidenten mögen sich nun mit ihrem Illusionsdenken klar
 herovermachen. Sie werden allezeit bestehen, es sei denn, daß die
 Kommunisten Herrn Fahren als Präsidenten.

Der junge Offizier und der junge Mann.

Eine Frage des Genossen Kell an den Reichswehrminister.
 Bei der Reichswehr ist es üblich, daß die Offiziere ihr volles
 Monatsgehalt im voraus erhalten, während unverbetete
 Unteroffiziere und Mannschaften unter 20 Jahren ihre
 Bezüge nur jeweils für einen halben oder einen Drittelmonat im
 voraus beziehen. Der Grund dafür ist, daß angeblich die jungen
 Unteroffiziere und Mannschaften — im Gegensatz zu den jungen
 Offizieren — nicht haushalten können. Für die Unteroffiziere
 und Mannschaften hat das die Folge, daß sie infolge der
 häufigen Geldentwertung erhebliche Einbußen erleiden. Genoss
 Kell hat dem Reichswehrminister deshalb die Frage
 vorgelegt, ob bereit ist anzuordnen, daß allen Berufssoldaten der
 Reichswehr ohne Unterschied des Alters und der Charge am ersten
 jedes Monats ihr monatliches Bezüge im voraus ausbezahlt werden.
 Falls in diesem Punkte keine Einigung vorliegt, sollen Statthal-
 tern, die im Benehmen mit dem Truppenvertrauens-
 man ausgelassen werden.

Der Fall Stinnes.

Von Rudolf Preußner.

Hugo Stinnes war einer der schärfsten Gegner des Wiesbadener
 Sachverständigenabkommens. Ob aus laichlicher Überzeugung oder
 aus Neugier gegen Rathenau, mag dahingestellt bleiben: Jeden-
 falls ließ er den Vertrag in seiner Presse bekämpfen, und persöhnlich
 ging er ihm im Ausdruckspruch, des Reichstags mit den
 schärfsten Attacken zu Leibe. Wenn ich mich nicht sehr täusche, war
 es bei den Beratungen über diesen Gegenstand, daß aus seinem
 Munde das Wort fiel: die Herren Wirth und Rathenau hätten im
 Ausland und Inland jeden Kredit eingekauft.
 Die Zeiten wandeln sich. Hugo Stinnes hat mit dem Marquis
 de Zuberair auf Grund der durch die Umordnungen mit Demel-
 mans und Gilleit erlangten Wiesbadener Funktionen einen Liefer-
 ungsvertrag abgeschlossen. Ob der den allgemeinen Interessen
 entspricht, läßt sich nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beant-
 worten; doch er denen des Herrn Stinnes gerecht wird, ist nicht zu
 bezweifeln. Das Schriftstück beginnt mit einer Kränzel, die be-
 nahe ebenso gut in einem Friedensvertrag zwischen zwei Staaten
 stehen könnte, und der Inhalt verdient die Anwendung dieser feier-
 lichen Formeln. Er gerührt dem deutschen Großunternehmer eine
 Art von Monopolstellung gegenüber dem Verband der französischen
 Weidenbauernvereinigungen; offenbar hat sich Herr Stinnes so
 gründlich auf den Boden der früher besprochenen Abkommen gestellt,
 daß dieser Boden für Konkurrenten keinen Platz mehr bietet. Eine
 ganz bühliche Adee: man macht eine Sache den anderen möglich, um
 die Möglichkeit zu erhalten, sie für sich allein auszuführen.

Jedenfalls hat der gefeierte Industriepräsident die Verhandlung
 mit Frankreich, von der jetzt so viel die Rede ist, zunächst einmal
 privatim abgeschlossen, und jetzt wird auch öffentlich, warum in den
 kritischen Tagen der Lombard und Pariser Konferenzen die
 „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bei allem Loben gegen die Politik
 Poincaré doch immer wieder Andeutungen über die Notwendigkeit
 und Zweckmäßigkeit wirtschaftlicher Vereinbarungen mit dem
 westlichen Nachbar machte, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß
 sie sich dadurch selbst den Zabel der ihr sonst geistig nahestehenden
 „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ ausog.

So geht es eben bei der ausschaltenen kapitalistischen Presse:
 der gute, brave Leser glaubt, es werde Politik gemacht; in Wirklich-
 keit handelt es sich um Geschäfte. Wenn Herr Stinnes sich für
 Ausland, das heißt für die russische Odeleterie, für die russische
 Kunststoffindustrie und für das russische Holz interessiert, dann erndet
 die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die früher verhandelte
 Sanftregierung doch auch ihre guten Seiten habe, daß sie mit
 Eifer und Geschick das Wirtschaftslieben ihres Landes aufbaue, und
 daß man sich auch mit ihr arrangieren könne. Wendet der hohe
 Herr, vielleicht da ihm der Osten doch nicht das bietet, was er er-
 wartet hat, sein Anliege den Westen, weil ihm der Wiederaufbau der
 zerstörten Gebiete Gewinn verspricht, und weil, nachdem der
 Schrot, den die Forderung des deutschen Kriegsmaterials geliefert
 hat, aufgebraucht ist, seine Wäpchen nach dem Westen hinüber
 hungern, die der Krieg in Nordfrankreich zurückgelassen hat, dann
 wandelt sich der ergrimme Franzosenhaß seiner Presse leise und
 langsam in der Erkenntnis, daß eine gewisse Verständigung mit
 dem „Erstgeb“ doch auch im Bereich des Möglichen liegt.

Man hat Stinnes und die Industrie wollten den Einbruch nicht
 auffommen lassen, als hätten sie durch den bekannten, den Ver-
 tretern der Reparationskommission in Berlin gegenwärtigen Vorfall
 einer Garantieierung der Kohlenlieferungen durch Privatverträge mit
 der Industrie dem Kohlenmarkt Wirth bebringen wollen. Nichtig sei
 gewesen, den Staat zu retten und nicht die gegenwärtige Regierung.
 Diese Argumentation ist für die ganz Dummen berechnet. Denn
 erstens weiß alle Welt, daß für dieses Amt ein Kadmann nicht
 das Kabinett Wirth tun; zweitens ist jener Vorfall von einer Re-
 gierungsstelle ausgegangen, und man hat erst nachträglich die
 Meinung des Herrn Stinnes eingeholt; drittens hat dieser seine
 Zustimmung gegeben, nicht weil er an die Notlage des Staates
 dachte, sondern weil er seine Berechnung über die ihm gerade an-
 geschick des Vertrags mit dem Marquis de Zuberair wenig löstete,
 für ein Mittel hielt, einige Einbrüche auf dem Wege zu einer Ver-
 seitigung des Wirtschaftsentags wegzuräumen.

Der wirkliche Grund für das Mißvergnügen des Genossen ist
 wohl anderswo zu suchen. Man erinnere sich, daß die „Deutsche
 Allgemeine Zeitung“ eine Zeitung ihre Writtel mit der Befestigung
 ist, daß der Volken des Außenministers noch immer unbesetzt sei.
 Gelegenheit las man auch, daß für dieses Amt ein Kadmann ge-
 funden werden muß. Kadmann heißt aber bekanntlich ein Name,
 der der Großindustrie nahesteht, und es ist kaum ein Geheimnis,
 daß dem Reichsminister in den letzten Wochen eine ganze Reihe
 solcher für den freien Wollen bodenallfährter Persönlichkeiten
 präsentierten — und von ihm abgelehnt worden sind. Genoss
 Stinnes hat diesem Moment sofort Herz auf den Außen-
 minister legt, ist begrifflich. Er braucht eine Regierung, die nicht
 in seine Angelegenheiten hineinragt und seine private Persönlich-
 keitspolitik nicht einseitig fördert, sondern fördert. Seine
 Wünsche bezogen sich dabei mit denen der Deutschen Volkspartei,
 die sich neuerdings wieder mit beiderem Eifer den Weg zum
 Kabinett frei zu machen sucht. Daß sie einstimmen nicht befreitigt

